



Der Schatten der Vergangenheit liegt auf dem ehemaligen Landeserziehungsheim St. Martin in Schwaz.

Foto: Zoom-Tirol

Gerichtsprozess ollt dunkle Vergangenheit in Heimen auf

70-Jährige fordert in Klage gegen das Land 900.000 Euro Schadenersatz. Heimarbeit und Missbrauch im Heim St. Martin stehen im Mittelpunkt.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Sozial-Landesrätin Christine Baur (Grüne) spricht vom Teil eines Prozesses. Es habe natürlich Vergleichsverhandlungen mit den Anwälten gegeben, der juristischen Auseinandersetzung, die am 21. Oktober am Landesgericht Innsbruck begonnen habe, müsse sich das Land jetzt stellen. „Wir müssen die Vergangenheit in den Heimen so gut wie möglich aufarbeiten und gleichzeitig versuchen, den Opfern zu helfen und präventiv alles unternehmen, dass Gewalt und Missbrauch an Kindern und Jugendlichen unterbunden wird.“ Sollte sich die heute 70-jährige Frau mit ihren Schadenersatzforderungen durchsetzen, so dürfte dies auch finanzielle Folgen für das Land haben.

„Unsere Opferschutzkommission hat versucht, die finanziellen Ansprüche der Hunderten Missbrauchsoffer objektiv zu bewerten“, sagt Baur. Juristisch betreue man

jetzt Neuland, „deshalb muss man die Entscheidungen des Gerichts abwarten“. Die Anwälte der Frau kritisieren hingegen die Entschädigung des Landes als Almosen. 15.000



„Der Prozess ist juristisches Neuland für uns. Es hat aber Vergleichsverhandlungen gegeben.“

Christine Baur (Grüne)
(Sozial-Landesrätin) Foto: Rottensteiner

Euro hat ihre Mandantin erhalten.

Von ihrem 16. bis zum 18. Lebensjahr war die gebürtige Salzburgerin im Landeserziehungsheim St. Martin in Schwaz untergebracht. „Durch die zweijährigen Demütigungen und Misshandlungen

wurde Frau Heidi K. für den Rest ihres Lebens körperlich und seelisch ruiniert.“ Außerdem sei nichts verjährt, da die Klägerin so traumatisiert sei, dass sie das ihr widerfahrene Leid bis vor Kurzem verdrängt habe.

Die 900.000-Euro-Schadenersatzklage der Frau gegen das Land basiert eben auf den bleibenden seelischen und körperlichen Qualen. „Es war die Hölle“, sagt Anwalt Christian Sailer. Er spricht von gesundheitsschädlicher Schwerstarbeit im Garten und an den Webstühlen, Prügel und Karzer, regelmäßigem sexuellen Missbrauch durch den Hausgeistlichen und gewalttätigen sexuellen Perversionen durch eine lesbische Erzieherin. Bei den nächsten Prozessterminen werden Zeugen einvernommen, außerdem wird ein Gutachten über das Ausmaß der Traumatisierung der Frau eingeholt.

Rund 100 Mädchen lebten in den 1970er-Jahren im Erziehungsheim des Landes. Sie

mussten auch arbeiten, das galt damals als Teil des Erziehungskonzepts. Im Mittelpunkt steht dabei die Lohnwäscherei, die 1963 eingerichtet wurde, „um eine regelmäßige Beschäftigung und volle arbeitsmäßige Auslastung der Zöglinge zu erzielen“, wie es in einem Bericht des Landes aus dem Jahr 1977 heißt. Auch Landesinstitutionen ließen in St. Martin Wäsche waschen. Die Mädchen wurden zudem an andere Firmen wie Swarovski, Eglo oder Darbo ausgeliehen

Die Wahrnehmungen über die Arbeitstherapie gehen jedoch weit auseinander. Angeprangert werden heute Ausbeutung, Zwangsarbeit und geringe Entlohnung auf einem Zöglingkonto. Rund 90 ehemalige Heiminsassen machten beim Land Schadenersatz wegen Heimarbeit in Tiroler Erziehungsheimen geltend. Nächste Woche wird das Land den Endbericht über Heimarbeit von Kindern und Jugendlichen präsentieren.

„Gemeinsame Opposition ist nicht das Ziel“

NR Gerald Hauser hat Donnerstag sein Landtagsmandat zurückgelegt. Rudi Federspiel führt ab jetzt den FPÖ-Klub im Tiroler Landtag.

Innsbruck – Mit einer „gewissen Genugtuung“ tritt Rudi Federspiel seine Funktion an. Als Klubchef der FPÖ im Landtag wird er die Politik der Tiroler FPÖ maßgeblich vorgeben. „Ich wurde Ende der 90er-Jahre ausgeschlossen, weil ich damals dem 2008 verstorbenen Jörg Haider die Meinung gesagt habe. Die meisten seiner engsten Vertrauten sind weg, aber ich bin geblieben und mit 65 Jahren zurückgekehrt.“ Federspiel möchte im Landtag eine kantige Oppositionspolitik verfolgen und Missstände im Land aufzeigen. „Aber jeder, der mich kennt, weiß, dass ich an einem konstruktiven Miteinander interessiert bin.“

Eines stellt Federspiel jedoch gleich klar: Er sei kein großer Freund der jüngst praktizierten Tiroler Oppositionsplattform Top mit Liste Fritz, SPÖ und Vorwärts Tirol. „Das kann ich mir nur bei wenigen Themen vorstellen. Ich will freiheitliche Politik machen. Die FPÖ muss in der Öffentlichkeit erkenn- und wahrnehmbar und nicht Teil einer Gulaschsuppe sein.“

Die Aufgabe als Klubobmann sieht Federspiel als neue Herausforderung, die FPÖ mit ihm im Klub, Markus Abwerzger an der Parteitipitze und Gerald Hauser im Nationalrat breit aufgestellt. Er selbst will die Doppelfunktion als Klubobmann der FPÖ im Landtag und seiner Liste Federspiel im Innsbrucker Gemeinderat vorerst beibe-



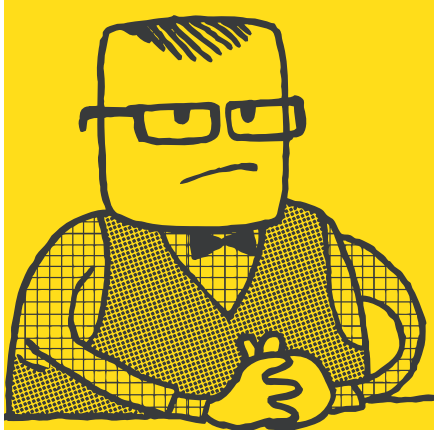
Klubchef Rudi Federspiel gibt jetzt die blaue Richtung vor. Foto: Böhm

halten. „Außer meine Mitstreiter in Innsbruck sind anderer Meinung.“ Schließlich habe er seine Gruppe mit viel Herzblut und finanziellem Engagement aufgebaut.

Einmal mehr kehrt Federspiel sein Lieblingsthema hervor: die Sicherheitspolitik in Innsbruck. „Die Zustände sind der Bevölkerung nicht mehr zumutbar.“ Dass er sich in seiner politischen Arbeit zu sehr auf Innsbruck und nicht auf Landesthemen konzentriert, diese Sorge hat er nicht. „Natürlich besteht die Gefahr, andererseits bin ich Innsbrucker Abgeordneter.“ Gemeinsam mit seinen Landtagsabgeordneten will er aber regelmäßig in die Bezirke hinausfahren. „Als Team haben wir eine regionale und inhaltliche Breite. Das werden wir verstärkt nutzen.“ (pn)

Faktisches Pensionsalter erhöhen!

Geht nicht?



Herr Geht Nicht

Wohnbauförderung auf Prüfstand

Liste Fritz fordert freiwillige Zweckbindung, Schwarz-Grün will mit Bund verhandeln.

Innsbruck – Die Zweckbindung der Wohnbauförderung wird seit Monaten intensiv diskutiert. Im Zusammenhang mit den Regierungsverhandlungen in Wien wird jetzt aber von verschiedenen Seiten der Druck erhöht. Im Landtag fordert vor allem die Liste Fritz eine rasche Zweckbindung, für Arbeiterkammerpräsident Erwin Zangerl wäre sie eine wichtige Maßnahme für das Land Tirol.

„Statt über leistbares Wohnen zu reden, könnte die Landesregierung aktiv etwas dafür tun“, regt Liste-Fritz-Klubchefin Andrea Haselwanter-Schneider an. Würde die Landesregierung nämlich wirklich alle Gelder, die für den Wohnbau zur Verfügung stehen, auch dafür verwenden, könnten viel mehr Wohnungen gebaut werden. „Tatsächlich hat die Landesregierung im Jahr 2012 rund 70 Millionen Euro zum Stopfen



Bei einer Zweckbindung der Wohnbauförderung könnten in Tirol jährlich bis zu 500 Wohnungen mehr errichtet werden. Foto: Muraue

irgendwelcher Budgetlöcher herangezogen.“

187 Mio. Euro gab es 2012 aus Rückflüssen der Wohnbauförderungsdarlehen und 138,9 Mio. vom Bund. Das Land Tirol hat aber lediglich 255 Mio. für den Wohnbau verwendet.

Haselwanter-Schneider relativiert auch die am Dienstag

präsentierten 16 Millionen Euro mehr im Wohnbudget für 2014. „In Wahrheit fließen noch immer nicht alle Wohnbaugelder in die Wohnbauförderung.“ Dass ihrem Antrag für eine freiwillige Zweckbindung „mit einem halb-garen schwarz-grünen Abänderungsantrag“ der Sinn genommen werde, versteht

sie nicht. „Wir wollen die freiwillige Zweckbindung aller Wohnbauförderungsmittel in Tirol, also der Darlehensrückflüsse und der Bundeszuschüsse.“ Im Koalitionsantrag wird die Landesregierung allerdings nur aufgefordert, eine Zweckbindung der Mittel der Wohnbauförderung im Rahmen des Finanzausgleiches zu verhandeln.

Wohnbaureferent LR Hannes Tratter (VP) verweist seinerseits auf einen Beschluss der Landeswohnbaureferenten in der Vorwoche. Die Wohnbauförderungsreferenten hätten sich dabei für die Wiedereinführung der Zweckbindung und eine Valorisierung von Bundesmitteln ausgesprochen. „Darüber hinaus wurde von den Bundesländern eine Neuverhandlung des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes gefordert“, betont Tratter. (pn)